



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie Bettina Brücher
Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563 6204
Fax (0202) 59 64 88
E-Mail bettina.bruecher@gruene-wuppertal.de
Datum 15.06.2005
Drucks. Nr. VO/0839/05
öffentlich

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
22.06.2005	Hauptausschuss
27.06.2005	Rat der Stadt Wuppertal

**Entwurf der europäischen Kommission zur Dienstleistungsrichtlinie
Resolution der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 15.06.2005**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Mitglieder des Rates mögen folgende Resolution beschließen:

Der Rat der Stadt Wuppertal spricht sich gegen den aktuellen Entwurf der EU Kommission zur Dienstleistungsrichtlinie aus und sieht in diesem Entwurf einen Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung.

Der Wuppertaler Rat fordert das Europäische Parlament und insbesondere die deutschen Abgeordneten auf, die Richtlinie gemäß dem Prinzip der Subsidiarität dahingehend zu überarbeiten, dass

- die Dienstleistungen von allgemeinen Interesse (Daseinsvorsorge) ausgenommen werden,
- die flächendeckende Versorgung mit Leistungen der Daseinsvorsorge insbesondere im kulturellen und gesundheitlichen Bereich auch künftig sichergestellt ist,
- die von der EU Kommission geplanten „einheitlichen Ansprechpartner“ nicht die Genehmigungsrechte der Kommunen unterlaufen.

Begründung:

Die EU Kommission will mittels der Dienstleistungsrichtlinie den Europäischen Binnenmarkt für Dienstleistungen liberalisieren. Künftig sollen u.a. Ärzte, Friseure, Maurer und Architekten in den Grenzen der europäischen Union ihre Dienstleistungen nach dem im Herkunftsland der Dienstleister geltenden Recht anbieten können. Bürokratische Hindernisse sollen abgebaut werden. Die öffentliche Debatte beschränkt sich bisher vor allem auf das

Herkunftslandprinzip, die spezifischen kommunalen Probleme werden dabei bisher zu wenig beachtet.

Dem Rat der Stadt Wuppertal geht es vor allem darum,

- die Daseinsvorsorge zu sichern.

Bisher fällt auch die Daseinsvorsorge - also „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ – in den Anwendungsbereich der Richtlinie. Diese muss aber in einer eigenen (Rahmen-) Richtlinie geregelt werden. Der Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie grenzt Daseinsvorsorge/ Markt nicht entlang der Unterscheidung wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Leistungen ab, sondern unterscheidet danach, ob Dienstleistungen entgeltlich oder unentgeltlich erbracht werden. In der Folge besteht die Gefahr, dass alle gebührenpflichtigen Dienstleistungen wie der Kulturbereich, Gesundheits- und Sozialbereich unter das europäische Wettbewerbsrecht fallen. Mit nicht absehbaren Folgen für die kommunalen Einrichtungen, die Qualität und die flächendeckende Versorgung. Der Rat der Stadt Wuppertal fordert deshalb, die Daseinsvorsorge explizit herauszunehmen und in einer gesonderten Richtlinie zu regeln.

- die Entmachtung der Kommunen zu verhindern.

In dem Entwurf der Kommission der Europäischen Union wird ein „einheitlicher Ansprechpartner“ für die Europäischen Dienstleister eingeführt, bei dem die Anträge für Genehmigungen eingehen. Dieser ist bisher undefiniert. Der Rat der Stadt Wuppertal befürchtet, dass die EU Kommission dabei nicht allein an einen reinen Informationsgeber denkt, sondern hier durch die Hintertür Genehmigungsbehörden geschaffen werden sollen. Damit würde das in Deutschland weitgehend kommunale Genehmigungsverfahren ausgehebelt.

So sollen künftig alle mengenmäßigen Beschränkungen wie etwa Taxilizenzen als wettbewerbsverzerrend untersagt werden.

Der Wuppertaler Rat wendet sich entschieden dagegen, dass die EU Kommission unter der Flagge der Beseitigung von Wettbewerbshindernissen erhebliche Einschränkungen der kommunalen Selbstverwaltung plant.

Mit freundlichem Gruß

Peter Vorsteher
Fraktionssprecher